Rund um den Elmshorner

Karl-Marx-Platz

Ortszeitung der DUN Elmshorn

Elmshorner Innenstadt wird runderneuert - und nun?

Die Bevölkerung ist aufgerufen mit zu diskutieren, wie Teile der Innenstadt um das geplante neue Rathaus gestaltet werden sollen. Dazu einige Gedanken und Vorschläge von uns, der DKP Elmshorn.

Vorweg: Unsere Meinung bleibt, dass eine notwendige Renovierung des Rathauses kostengünstiger wäre, und angesichts der Tatsache, dass die spätere Nutzung dieses unter Denkmalschutz stehende Gebäudekomplexes völlig ungeklärt ist, bleibt auch die Frage: Wer bezahlt die Folgekosten für das bisherige Rathaus?

Die Entscheidung für den Standort des neuen Rathauses ist gefallen. Wir meinen, dass die sozialen Gesichtspunkte und die Zweckmäßigkeit des Gebäudes den Bau bestimmen sollten.

Niedrigst mögliche Baukosten sollten eingehalten werden. Die Beschäftigten müssen bei der Planung und beim Bau mit einbezogen werden; denn wesentliche Voraussetzungen für ein gut funktionierende Rathaus wäre, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu erleichtern.

In das neue Rathaus sollten Räume für den Jugendund den Seniorenrat integriert werden. Wichtig sind eine optimale Verkehrsanbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie eine Bereitstellung von Parkplätzen für Behinderte und eine möglichst umweltfreundliche Gestaltung der Außenanlagen.

Für die weitere Planung in dem Quartier um das Rathaus sollten Sozialwohnungen Priorität haben. Die Ansätze, neue Kultureinrichtungen zu schaffen, unterstützen wir. Allerdings fordern wir moderate Eintrittspreise,

die allen Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnahme an Veranstaltungen ermöglichen.

Vor allen im Innenstadtbereich sind Selbstverwaltete und von den Jugendlichen Selbstbestimmte Einrichtungen nötig. Der Jugendbeirat könnte zur Erarbeitung von Konzeptionen Jugendplänen durchführen, in denen Jugendliche selbst ihre Vorstellungen erarbeiten.

Die Mitglieder der DKP Elmshorn haben auf manche Fragen zum Umbau in der Innenstadt noch keine Antwort Wir werden bei diesem Thema "am Ball" bleiben!

Uns beschäftigt das Problem von Armut auch in Elmshorn. Es sind vor allem allein- erziehende Elternteile, die zunehmend davon betroffen sind Altersarmut ist ebenfalls längst Realität für nicht wenige Rentnerinnen und Rentner. Mehr und mehr müssen Menschen mit wenig Einkommen auf den Kauf hochwertiger Nahrungsmittel verzichten. Auch in Elmshorn müssen Menschen ihre Wohnungen verlassen, weil sie die Kosten für Miete und Energie nicht mehr bezahlen können. Häufig geschieht es, dass Gas, Wasser und Strom abgestellt werden.

Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Armut in Elmshorn wäre die Wiedereinführung eines Sozialpasses, der für Eintrittspreise, Nahverkehr und öffentliche Dienstleistungen und Tarife die Kosten senkt.

Wenn Elmshorn modernisiert werden soll, erfordert dies vor allem, dass die Lebensverhältnisse für die ärmeren Teile der Bevölkerung verbessert werden müssen.





Seite 2 KMP

Die Story der Regio Kliniken Kreis Pinneberg

Korruption ⇒ Privatisierung ⇒ Auslagerungen ⇒ Gehaltskürzungen

Alle 340 Kollegen (von insgesamt 2.070) aus dem Servicebereich der Regio-Kliniken (Küche, Handwerker, Technik, Empfang, Archiv, Pflege) sollen in Tochterunternehmen der Eigentümerin (Sana Kliniken AG) ausgegliedert werden, soweit sie es nicht schon sind. Sie sollen raus aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes rein in untere Lohngruppen und Werkverträge. Ein Koch muss dann mit rund 800 € Gehaltsverlust rechnen, eine Diätassistentin mit 1000 €. Kündigungen können derzeit nicht ausgeschlossen werden (so die Gewerkschaft ver.di, Bezirk Nord).

Wer die Klinik-Geschichte der letzten Jahre kennt, weiß, dass der Sana-Konzern diese Auslagerungen von Anfang an geplant hat - wenn auch verschlüsselt formuliert. Schon 2009 beim Kauf der Mehrheitsanteile hieß es in den Uetersener Nachrichten mit dem Blick auf zukünftige Umstrukturierungen, dass die "Dienstleistungsbereiche überprüft und ggf. optimiert werden" sollen (ÜN vom 2.10.2009, "Ab heute hat Sana das Sagen").

Begründet werden diese Maßnahmen heute mit den Verlusten, die "trotz Spar- und Sanierungskurs" u.a. wegen "Altlasten und Konkurrenzdruck" eingefahren werden (elmshorn.de 5.9.2014, "Sana übernimmt …").

Die Story der Abwälzung von Folgekosten aus Korruption, Privatisierung und Managementfehlern auf die Beschäftigten und die Menschen im Kreis geht weiter. Sie begann 2006. Der Elmshorner Stadtschreiber erinnert uns (siehe Kasten).

Die Story der Privatisierung der Regio Kliniken (Quelle: elmshorn.de; Der Stadtschreiber)

2006 beschließen Aufsichtsrat und Kreistag einen Masterplan für die kreiseigenen Regio Kliniken. Unter Geschäftsführer Alexander Schlick wird ordentlich erweitert: Alten- und Pflegeheime, Hospiz, Sanitätshaus, Fitnessstudio, ambulante Pflegedienste kommen hinzu. Infolge der geplanten Spezialisierung der Kliniken wird 2007 die Geburtshilfe in Elmshorn geschlossen – trotz einer enormen öffentlichen Protestwelle. . 2008 steigt der Schuldenberg auf über 75 Millionen Euro, das Eigenkapital dagegen schrumpft. Landrat Grimme unterstützt als Aufsichtsratsvorsitzender der Regio Kliniken den Geschäftsführer und die Käufe auf Pump (fast 50 Millionen Euro teure Kontokorrentkredite). Die Fraktionsvertreter aus dem Kreistag sind im Aufsichtsrat "völlig überfordert".

Um finanziell flüssig zu bleiben, schlossen Grimme und Schlick ein sogenanntes Sale-and-Lease-Back-Geschäft (SLB) mit der HSH Nordbank und der Sparkasse Ostholstein mit Zustimmung der CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag ab. Die Banken erwarben die Immobilien der Kliniken für 102 Millionen Euro. Im Gegenzug sollten die Regio Kliniken sie für jährliche Raten von 8,6 Millionen Euro über 25 Jahre zurückkaufen. Gegen diesen Deal gab es massive Kritik auch vom Landesrechnungshof. Was haben Landrat und Geschäftsführer getan? Sie haben 74,9 % der Anteile an die Sana Kliniken AG - für 2,5 Mill. Euro - verkauft. Der Kreis hat einen wirtschaftlichen Schaden von 20 Millionen Euro erlitten. Knapp 1000 Unterschriften fehlten für die Durchführung eines Bürgerentscheids. Es gab bundesweite Razzien. Schlick wurde im Juni 2014 in einem ersten Prozess wegen Betrugs und Untreue zu fast einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Grimme hat dem Kreis einen großen Schaden zugefügt, verdient sich heute als Geschäftsführer von Gut Wardow (MV) und Unternehmensberater.

Die Privatisierung der Regio Kliniken ist dadurch Fakt geworden. Bankenrettung, Verzicht auf Vermögenssteuer usw. machen Länder, Kreise und Gemeinden geradezu handlungsunfähig. Damit wird Privatisierung - neoliberal - begründet. Das oberste Ziel der Unternehmenspolitik sind jetzt die Renditen der Anleger und nicht mehr die Daseinsvorsorge, die Gesundheit der Menschen und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. Doch wer sahnt eigentlich ab, wem gehört eigentlich die Sana Kliniken AG (siehe Kasten)?

Wem gehört die Sana Kliniken AG?

Die Aktien gehören 30 privaten Krankenversicherungen (größte Anteile DKV (Ergo) 21,7%, Signal 14,6%, Allianz 13,9%) Was gehört zum Sana Konzern?

Der Sana-Konzern agiert in 60 Kliniken, 17 Pflegeheimen, 28 med. Versorgungszentren und hat fast 29.000 Beschäftigte.

Jahresüberschuss 2013: 56,9 Millionen Euro!! (Quelle: Geschäftsbericht 2013 der Sana Kliniken AG)

Die Sana AG hat den SLB-Vertrag über 102 Millionen rückabgewickelt mit der Folge von jährlich mehr als 5 Millionen Euro für Tilgungen und Zinsen. Aber auch wenn die Regio Kliniken noch an den Altlasten aus Grimme-und-Co.-Zeit abzutragen haben, so fährt der Sana-Mutterkonzern durchaus üppige Gewinne ein. In welche Tochtergesellschaften sollen letztlich alle 340 Beschäftigten ausgliedert werden?

Seite 3 KMI

Konzernübergreifende Tochter-Gesellschaften sind u.a.:

Sana DGS GmbH und Sana DGS pro.service GmbH

Sana Personal Service GmbH(darüber werden auch Leiharbeitnehmer/-innen eingestellt)

Sana-Catering-Service GmbH

Sana IT Services GmbH (IT)

In diesen Tochtergesellschaften gilt nicht der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD), hier werden branchenübliche niedrigere Tarife gezahlt.

Es ist zu vermuten, dass diese beabsichtigten Auslagerungen nicht das Ende der Einsparungen auf Kosten der Beschäftigten sein werden, dass noch der gesamte Ausstieg aus dem TVÖD für alle Beschäftigten angezielt wird und dass Arbeitsteilungen zwischen den Regio Kliniken, Spezialangebote für Privatversicherte u.a. zu weiteren Umstrukturierungen mit Arbeitsplatzverlusten führen können. Die Geburtenstation gibt es ja bereits in Elmshorn nicht mehr.

Darüber hinaus müssen aber immer auch die gewaltigen Konzentrationsprozesse im deutschen Gesundheitswesen beachtet werden. So ist mit der Übernahme der meisten Rhön-Kliniken mit Fresenius der größte deutsche Krankenhauskonzern entstanden. Der Präsident der Bundesärztekammer, F.-U. Montgomery, warnte schon 2012 davor, dass ein solcher Konzern nicht nur über Krankenhäuser verfügt, sondern auch "ambulante Versorgung, Medikamente, Hilfsmittel und zudem die Krankenversicherung" anbietet. So könne er letztlich "die Versorgung der Patienten selbst bestimmen" (Ärzteblatt.de 17.05.2012).

Die Sana Kliniken werden sicherlich an ähnlichen Lösungen basteln, zumal ja mit den privaten Krankenversicherern als Eigentümer schon die Versicherungen mit im Boot sind.

In 2014 wurde dem Betriebsrat des Regio-Klinikums Elmshorn noch kein schriftliches Angebot für die betroffenen Mitarbeiter vorgelegt. Das soll Anfang 2015 passieren. Der Betriebsrat ruft uns alle zur Solidarität auf.

Die Menschen im Kreis, die Patienten und vor allem die Klinik-Beschäftigten sollten sie kennen: die tatsächliche Konzern-Gewinnsituation, die Gründe für die Privatisierung und deren unsoziale Folgen und die sich im Gesundheitswesen abzeichnenden Entwicklungsprozesse der Konzentration und der zunehmenden Einflüsse großer mächtiger Gesundheits- und Versicherungskonzerne, die durch die finanzielle Schwächung von öffentlichem Gesundheitswesen (durch u.a. Krankenhausfinanzierungsgesetze) und der öffentlichen Hand in Ländern, Kreisen und Gemeinden durch die neoliberalen Bundesregierungen befördert werden.

Was haben Krankenhäuser mit TTIP, CETA, TISA usw. zu tun?

Öffentliche Krankenhäuser erhalten für die der gemeinwirtschaftlichen Leistung zurechenbare Kosten (und nur dafür) Ausgleichszahlungen. Private Krankenhäuser erhalten diesen Ausgleich nicht. Das hat schon zu Beschwerden und Klagen von Konzernen wie Sana und Co. geführt. Mit TTIP wäre es für die Privaten mit Unterstützung durch den Investorenschutz bzw. Regulierungsrat einfacher. Gelänge es ihnen, ebenfalls Ausgleichzahlungen einzufordern, dann wären wir mehrfach belastet.

Neben diesen Ausgleichszahlungen finanzieren wir ja ohnehin die Dividenden der Aktionäre. Außerdem können private Anbieter jederzeit unrentable Standorte schließen. Das lässt die öffentliche Daseinsvorsorge nicht zu. Damit nicht genug: Würden die sogenannten Freihandelsabkommen Wirklichkeit, dann dürften privatisierte Krankenhäuser (aber auch Wasser- und Energieversorger, Stadtwerke usw.) nie mehr öffentlich organisiert werden.

Lieber die auf Faust auf

den Tisch



als die

Hände in der Tasche



Seite 4 KMP

Termine und Veranstaltungen

Was bleibt von der DDR?

1949 wurde die DDR gegründet, nachdem die Bundesrepublik Deutschland bereits existierte. 1989 wurde die Mauer beseitigt, 1990 wurden die DDR der BRD angeschlossen. Was bleibt von den 40 Jahren Sozialismus auf Deutschen Boden? Unrechtsstaat, Sozialismusversuch, oder ein Staat, der in sozialen,

kulturellen, bildungspolitischen, gesundheitspolitischen und sportlichen Gesellschaftsbereichen dem Kapitalismus überlegen war – was ist die Wahrheit? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die aktuelle Situation und was bleibt für die Zukunft?

Darüber wollen wir mit Professor Dr. Nina Hager aus Berlin diskutieren. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der DKP und Chefredakteurin der sozialistischen Wochenzeitung "Unsere Zeit".

Am Mittwoch, den 18. Februar um 19:30 Uhr, Reinhold – Jürgensen – Zentrum, Elmshorn, Jahnstraße 2a

Die Veranstaltung der DKP Elmshorn ist öffentlich, Gäste sind herzlich willkommen.

TTIP muss verhindert werden!

Und es ist auch möglich. Der Vorläufer von TTIP, das MAI, wurde Ende der 90er Jahre vor allem dank der beginnenden globalen Widerstandsbewegung verhindert. Und auch ACTA (Bevormundung des Internets) wurde 2012 noch verhindert, nachdem EU-Kommission und nationale Regierungen bereits zugestimmt hatten.

Ein Netz aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen aus Elmshorn und Kreis Pinneberg wird dazu eine öffentliche Veranstaltung durchführen und lädt herzlich ein:

Am Donnerstag, den 22. Januar um 19.00 Uhr, bei der IG Metall Unterelbe, Elmshorn, Wedenkamp 34





Eine Landesveranstaltung

"Gegen das Vergessen"

zum Jahrestag der Befreiung von Auschwiz, durch die Rote Armee.

Am Dienstag, den 27. Januar, um 18:00 Uhr, im Saalbau in der Waldorfschule, Adenauerdamm 2, in Elmshorn

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir für 2015 alles Gute, Gesundheit, mehr Frieden und Erfolg im persönlichen Leben.
